

vorgulegen, besonders da dieser Ausschuss ohnedies am 20. Dezember mehrere vom Reichsjustizminister vorzulegende Verordnungen bearbeitet hat. In den Grüterungen hierüber wurde wiederholt von den Maßnahmen der Justizverwaltung zur Vereinfachung und Beschleunigung von Rechtsangelegenheiten gesprochen. Aber nicht ein Wort hat der Justizminister Emminger dabei verlaufen lassen, daß eine so umfassende einschneidende Maßnahme von ihm unter Beiseitelegung des Ermächtigungsausschusses auf Grund des Art. 48 bereits angeordnet worden sei. Im Gegenteil, er hat versichert, daß er alle von ihm beabsichtigten Maßnahmen dem Ausschuss vorlegen werde.

Doch diese Vorwarnung nicht nur in sozialdemokratischen Kreisen, sondern auch in bürgerlichen Kreisen hervorgerufen hat, das zeigt die Frankfurter Zeitung. Sie würdet die Verordnung von Emminger einen Kulturrest, in dem behauptet wird, daß durch diese Verordnung „das ganze Rechtsgebäude ins Wanken geraten muß.“ Der Artikel schließt mit folgenden Sätzen:

„Diese Vorwarnung ist eine ungemeine Freiheit, denn sie bestätigt die wichtigsten Rechtsbürgerschaften gerade für solche Straffälle, in denen die allgemeinen Mitleid gesetzlich werden. Wir erheben Widerstand dagegen, daß auf dem Wege solcher Konkordanzungen die Gerechtigkeit in Frage gestellt, daß Ausnahmeverordnungen gegen das Recht geschaffen werden, welche die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht wiederherstellen, sondern eher in Frage stellen. Wir bestreiten die Rechtsmaßigkeit dieser Verordnung, für die Artikel 48 keine Grundlage bietet, und appellieren von dem schlecht unterrichteten Reichspräsidenten an den besser zu unterrichtenden, sie schamlos wieder aufzuhören, denn das Recht ist in Gefahr.“

Die unhaltbare Militärdiktatur

Aus dem Reichstag wird uns mitgeteilt: Der Reichskanzler Marx hatte am Freitag Vertreter der Sozialdemokratischen Partei zu einer Besprechung über die politische Situation gebeten. In dieser Besprechung, an der die Genossen Weiß, Höherding und Herz teilnahmen, wurde neuen anderen Fragen die immer unerträglicher werdende Art der Anwendung des militärischen Ausnahmegesetzes, insbesondere das Vorgehen gegen Thüringen, zur Sprache gebracht und kein Zweifel darüber gesetzt, daß die sozialdemokratische Fraktion heute mehr als je die Befestigung des militärischen Ausnahmegesetzes, dessen Anwendung immer mehr und ausschließlich gegen die Arbeiterschaft erfolgt, m. a. allen Nachdruck verfolgen wird. Eingehend wurde dann auch die Steuerpolitik der Regierung und die schwere Belastung der breiten Massen durch die geplanten Goldmarken erörtert. Der rote Ermächtigungsgesetz vom Justizminister erfolgte Mitblau des Art. 48 wurde gleichfalls zur Sprache gebracht.

Der Inzidenzen wieder. Verbote sozialdemokratischer Zeitungen erfolgt sind und durch das Vorgehen des Reichsjustizministers eine eindringliche Verschärfung der politischen Situation herbeigeführt wird, ist anzunehmen, daß in nächster Zeit der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Situation Stellung nehmen wird.

Der neuzeitliche Willkür ist durch den Kommandeur des Wehrkreisomamtes I gegen unser Königswinterer Volksblatt erfolgt. Die Königswinterer Volkszeitung wurde am 29. Dezember bis einschließlich 5. Januar wegen „widrigen eines Artikels“ verboten, der dem sog. Parlamentarischen entnommen war und in jüngster Form die erforderliche Aufhebung des Ausnahmegesetzes aus politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen rechtfertigte. Die Willkür dieses Verbots ergibt sich schon daraus, daß der gleiche Artikel in etwa 50 anderen sozialdemokratischen Zeitungen veröffentlicht wurde, ohne daß irgendwer anderer Willkürbefehlshaber ihn bis heute zum Anlaß eines Verbots der betreffenden Zeitung genommen hätte.

Rückgang der deutschen Ausfuhr im Jahre 1923

Das verflossene Jahr hat der deutschen Wirtschaft einen Rückgang der Ausfuhr gebracht. Im Jahre 1922 war sie bereits auf 50 Prozent der Vorriegszeit wieder gestiegen. Dies will um so mehr befogen, als durch den verlorenen Krieg das deutsche Wirtschaftsgebiet beträchtliche Schädigungen erlitten hat. Allerdings darf auch nicht übersehen werden, daß die Goldentwertung in Deutschland und die Aussicht auf Valutagewinne im Jahre 1922 einen übernormalen Anreiz zur Ausfuhr gaben. Die Wiederbelebung der deutschen Exportentwicklung eine ungünstige Wendung. Rücksichtende Zahlen geben ein ungeliebtes Bild über den Rückgang des deutschen Exports. Es wurden ausgeführt in Doppelzahlen:

	im Jahre 1918	1922	1923
Metallwaren	4122,70	1094,72	1055,47
Maschinen	1447,94	879,89	233,18
Tiegelwaren	146,66	79,94	116,09
Beder- und Rauchwaren	88,82	20,06	21,83
Chemikalien	37,8,78	1621,21	1688,07
andere wichtige Exportwaren	918,62	883,03	943,07
	10372,97	4978,85	4055,76

Diesen Ziffern ist aber noch hinzuzufügen, daß trotz der absoluten Abnahme der Ausfuhr die Einfuhr von Eisenwaren fast ebenso groß war wie in dem produktionsreicheren Vorjahr und bedeutend größer, als in der Vorriegszeit. So wurden eingeführt in Doppelzahlen:

	im Jahre 1918	1922	1923
Kohlen und Holz	8,07	42,58	35,99
Stahl und Hormeisen	21,89	671,88	500,88
Gesch. und Draht	58,78	140,98	219,52
Eisenbahn-Oberbaumaterial	0,40	129,65	171,08
	88,64	982,89	988,42

Der bedeutende Rückgang der Maschinenausfuhr gegenüber dem Vorjahr ist auf die großen Sanktionen von Compiègne an Ruhland zurückzuführen. Im großen ganzen ist die deutsche Ausfuhr gegenüber der Vorriegszeit auf weniger als die Hälfte gesunken, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als die Einfuhr von Rohstoffen eine beträchtliche Steigerung erfuhr.

Besatzungskosten und Finanznot

Die Reichsregierung hat in einer Kabinettssitzung am Sonnabend beschlossen, die Besatzungskosten im engsten Umfang und auf beiderseitige Zeit weiter zu zahlen. Auflösungsfähig für den Reichskanzler waren die augenblicklich schwierigen außenpolitischen Verhandlungen, die mit grüblerischer Beschränkung zum Abschluß gebracht werden sollen. Voraussetzung für seine Ausführung ist aber, daß der Regierung überhaupt Zahlungsmittel zur Verfügung stehen. Der Übergangsbetrag soll nicht nämlich trockenherker Beschränkung der Angaben die Besatzungskosten nicht ein und ausländische Kredite sind dem Reich verschlossen. So doch die Regierung im Januar mit großen Geldschwierigkeiten rechnen muß. Die Festredungen über die dritte Steuernotverordnung wurden auf Montag verlegt.

Gollmanns Versammlungen verboten

Am 29. Dezember. (Signer Druckbericht.) Das Wehrkreiskommando in Münster beschließt nach nicht mehr herzurichten, öffentliche sozialdemokratische Versammlungen zu verbieten, sowohl unterstellt nun auch Mitgliederversammlungen unserer Partei in vollkommen ruhigen Gezeiten. Es sind Mit-

gliederversammlungen, in denen Gennosse Gollmann über die Tätigkeit des Reichstages sprechen sollte, in Kirchen, Bassen und Herren verboten worden. Diese Orte liegen nahe der Grenze des besetzten Gebietes. Das Kommando des Wehrkreiskommandos in Münster ist politisch um so faulischer, als Gennosse Gollmann, der sich in der französischen Abropolitik nicht gehalten hat, in zahlreichen Orten des französischen und deutscher besetzten Teiles seines Wahlkreises unbürtig sprechen kann. So sind die Versammlungen in Kosten, in Siegburg, in Nevel, in Euskirchen und in Düren, also in Orten mit schweren sozialdemokratischen Unruhen, genehmigt worden. Beschwörungen gegen das Wehrkreiskommando Münster beim Reichswehrminister sind bisher erfolglos geblieben.

Der Neunstundentag für Beamte bestätigt

Der Ertrag der Reichsregierung über die Regelung der Dienstzeit der Beamten, den sie gezeigt hat über den Hof des Ermächtigungsausschusses bestätigt, ist folgendes: 1. Der Beamte ist verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reichs zu stellen. Er hat die ihm übertragenen Arbeiten rechtzeitig und ohne Mühsal auf eine festgesetzte Dienststundenzahl zu erledigen. 2. Der Dienst ist in der Regel an der Dienst-

stelle und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesschichtigkeit zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt während mindestens 54 Stunden. Regelmäßige Wiederholungen innerhalb eines Kalenderjahres durch regelmäßige Wiederholungen ausgeschlossen werden und umgekehrt. Seit seit der Dienstzeit in bloher Dienstbereitschaft besteht, ist die Dienstzeit entsprechend zu erhöhen. 3. Dem Dienst an der Dienststelle und innerhalb der vorgeschriebenen Tagesschichtzeit ist die Teilnahme an Sitzungen, Versammlungen und vergleichbarer gleichzuhalten. Soweit die Erledigung des Dienstes an der Dienststelle und in der vorgeschriebenen Tagesschichtzeit aus dienstlichen Gründen unmöglich ist, kann eine ordentliche Regelung stattfinden. 4. Die Tagesschichtzeit wird von jeder Behörde nach Aufführung der Beamtervertretung festgesetzt. Die Tagesschichtzeit ist grundsätzlich in Vormittags- und Nachmittagsdienst zu teilen. Nur dort, wo aus zwingenden örtlichen oder sachlichen Gründen eine frühe Erledigung unmöglich erscheint, kann mit Zustimmung der obersten Reichsbehörden und des Reichsministers des Innern durchgehend gearbeitet werden. Diese regelt die Bewilligung der Ausnahme in der Dienstzeit; hierbei darf die Wochenendzeit nicht auf unter 51 Stunden festgesetzt werden. 5. Für eine Überarbeitung der bestimmungsmäßigen Wochenendzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Ein Ausgleich kann durch Dienstbefreiung zu anderen Zeiten gemacht werden. — Die Gültigkeit des Gesetzes ist bis zum 31. Dezember 1925 festgesetzt.

Das Jahr der Währungskatastrophe

Unendlich groß waren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen das deutsche Volk seit seiner Niederlage im Weltkrieg zu kämpfen hatte. Aber alles bisher Erlebte wird übertroffen durch die Ereignisse des vergangenen Jahres. Mit Rücksicht auf die Befreiung unseres Geldwesens und damit die Befreiung unserer Wirtschaft fortgeschritten. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß wir mit einem Dollarstand von circa 7000 in das Jahr 1923 hineingingen und mit einem Dollarstand von 4,2 Milliarden aus dem Jahre scheiden. Wohl kaum jemand hat ein Volk eine derartige Währungskatastrophe erlebt, wie das deutsche Volk im vergangenen Jahre. Es waren in jedem Monat die höchsten, niedrigsten und leichten Kurse des Dollars in Berlin wie folgt:

Dollarstand (mittlerer) in Berlin

1923	niedriger	höher	leicht
Jänner	7200	40000	40000
Februar	18900	41500	22700
März	19400	22900	20975
April	21100	30250	29800
Mai	31700	66500	60500
Juni	62500	154500	154500
Juli	100000	1100000	1100000
August	1100000	11000000	10300000
September	970000	18200000	16000000
Oktober	342 Mill.	72500 Mill.	72500 Mill.
November	130 Mill.	4200 Mill.	4200 Mill.
Dezember	4200 Mill.	4200 Mill.	4200 Mill.

Es geht daraus hervor, daß die Zeit der Stabilisierung in den Monaten Februar bis April eine starke Annahme der Arbeitslosigkeit brachte, in den Monaten Mai, Juni und Juli ging die Arbeitslosigkeit zurück, zum Teil eine Folge des starken Verbrauchs an Arbeitskräften, die vor Sommer mit sich bringt, zudem hat wohl noch einmal die jahrszeitliche Gedächtniszeit zu einer Beliebung des Geschäftes geführt, weil die übliche Flucht vor der Wärme die Warenbeschaffung erhöhte. Aber schon der August brachte ein starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die dann im September ganz ungewöhnlich stieg. In den folgenden Monaten hat sich dann die Arbeitslosigkeit noch mehr verschärft, um sich in den letzten Wochen wieder hier und da abzudrehen. Der Fortschritt der Geldentwertung hatte in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ein so schnelles Tempo erreicht, daß die Wirtschaft vollkommen zerstört wurde. Das Geld verlor von einem zum andern Tage oft 50 und mehr Prozent von seinem Wert. Die Folge war, daß das Betriebskapital vieler Unternehmen ungünstig wurde und dadurch Betriebsbeschränkungen notwendig wurden. Aus dem gleichen Grunde wurde die Kaufkraft der breiten Massen stark verringernt. Ob der Arbeiter oder Angestellte seinen Lohn oder Gehalt wieder aufzugeben konnte, war ein großer Teil der Kaufkraft verloren. Auch das mußte wieder dazu führen, daß die Nachfrage nach Waren stark vermindert wurde, was wieder ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Während wir in früheren Geldentwertungsperioden mit unten freien hinter dem Weltmarktpreisniveau zurückblieben, können wir jetzt allenfalls über Weltmarkthöhe. Produzenten und Kaufleute suchten sich gegen die Schäden der Geldentwertung dadurch zu sichern, daß sie von vorherin großer Entwertungswertigkeit in die Warenpreise hineinkalkulierten, und bei der Unisicht und Unsicherheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse konnten Wucher und Preisbreiterer Orgeln feiern. Auf diese Weise wurde unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt stark verhindert, unser Auslandsschauplatz erschwert und dadurch wieder neue Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Die Verwirrung unserer Wirtschaft wurde zeitweise auch dadurch geheizt, daß die Notenpresse nicht mehr mitkam und der Wirtschaft die nötigen Umlaufmittel nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, was wieder zu allerlei Schwierigkeiten und Störungen führte.

So war es kein Wunder, daß die Arbeitslosigkeit in dieser ungeheuren Weise entwuchs. Die seit November dieses Jahres erreichte Stabilisierung der Mark hat zwar den deutschen Volke gewisse Erleichterungen gebracht. Aber jetzt, wo der Papiergoldschleier weggezogen ist, sehen wir auch, wie bitter arm die Massen unseres Volkes geworden sind. Es gelang leider in Deutschland nicht gelungen, zur rechten Zeit eine planmäßige Wirtschaftspolitik durchzuführen, die der durch Krieg und Niederlage geschaffenen Situation des deutschen Volkes gebührend Reaktion bringt. Die Arbeitslosigkeit ist jedoch durch die Geldentwertung und die große Arbeitslosigkeit in ihrer Stärke geschrumpft und diese Zeit wird von den im Dienste des Kapitals stehenden Parteien bemüht, um die Stabilisierung in der Hauptstadt auf Kosten des Proletariats durchzuführen.

Das Reich hat es versäumt, rechtzeitig für eine Unpaßung seiner Steuern an die Geldentwertung zu sorgen. In den letzten Monaten wurde nur ein lächerlich kleiner Teil der Staatsausgaben durch Steuereinnahmen gedeckt, alles übrige mußte die Notenpresse tun. Jetzt, wo die Notenpresse stillgelegt ist, sucht das Reich einen Ausgleich seines Haushalts zu erreichen, indem es die Gehälter und Löhne der Staatsangehörigen und Arbeiter in geradezu unerträglicher Weise drückt. Und dem Beispiel des Reiches folgen nur allzu gern die Privatunternehmen. Es werden überall Goldlöcher eingeführt, die weit unter der Friedenshöhe liegen, obgleich die Kosten der Lebenshaltung bedeutend höher sind als in der Vorriegszeit. Die Aufgaben von Land, Staat und Gemeinden für kulturelle und soziale Zwecke werden auf äußerste Beschränkung, die Arbeitslosen mit wenigen Pfennigen abgesetzt, so daß sie dem ärgsten Hunger ausgesetzt sind. Große Teile unseres Volkes leben die allerhärteste Not.

So bietet uns unsere Wirtschaft ein sehr wenig erfreuliches Bild. Das Kriegsdebet fängt zwar wieder an zu arbeiten, aber Frankreich hat der Ruhrindustrie drückende Bedingungen aufgezwungen, die das ganze deutsche Volk wird mit tragen müssen. Die Aussichten auf eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage sind noch immer allzu gering. Frankreich, das jetzt selbst sehr empfindlich unter der Währungskrise leidet, wird nicht so leicht so auf das Bestreben verzichten, aus Deutschland große Summen herauszupressen. So kann leider kein Zweifel daran sein, daß wir auch im nächsten Jahre schweren Zeiten entgegengehen. Da schreibt der Druck des Unternehmertums auf die Arbeiterschaft, um so größer die Gefahr, daß die Verschärfung und Verflüssigung der Massen wächst, um so notwendiger ist es aber auch, daß die Proletarier ihres Organisations so stark als möglich erhalten, denn nur dann kann ihnen der Kampf gegen das Kapital gewonnen werden, den sie gerade jetzt so notwendig brauchen.